

In der Hauptstadt Saigon übernahm der Hohe Kommissar für Indochina, Admiral Georges Thierry d'Argenlieu, die Regierungsgeschäfte, und mit der Berufung von Vietnamesen in hohe Ämter hoffte er, sowohl dem vietnamesischen Nationalbewußtsein als auch den französischen Interessen entsprechen zu können. Eine nationalistische Alternative zu den Viet Minh stellte diese Regierung allerdings nicht dar. In ihr waren neben Franzosen ausschließlich Großgrundbesitzer, Geschäftsleute und Rechtsanwälte vertreten – évolués, wie die Franzosen sie nannten –, die an einer Präsenz der Kolonialmacht interessiert sein mußten.

Im Norden waren die Dinge noch komplizierter. Rücksichtslos beuteten die nationalchinesischen Truppen das Land aus. Vergeblich appellierte Ho Chi Minh an die Vereinigten Staaten, dem Unwesen marodierender Truppen ein Ende zu bereiten und eine Rückkehr der Franzosen zu verhindern. Im Februar 1946 unterzeichnete Tschiang Kai-schek, der Führer der Nationalchinesen, mit den Franzosen ein Abkommen, das der Kolonialmacht gegen Preisgabe wirtschaftlicher Vergünstigungen in China die Rückkehr nach Tonkin ermöglichte. Ho befand sich in einer schwierigen Lage. Er konnte versuchen, die Ausführung des Abkommens zu verhindern, indem er gegen Chinesen und Franzosen kämpfte. Eine andere Möglichkeit eröffnete sich ihm in einer Art von Handel mit den Nationalchinesen. Er entschied sich jedoch für Verhandlungen mit dem Abgesandten General de Gaulles, Jean Sainteny. Diese mündeten am 6. März 1946 in einen vorläufigen Kompromiß: Frankreich erkannte Vietnam als ‚freien Staat‘ innerhalb der Französischen Union – so der neue Name des alten französischen Kolonialreiches – an. Im Gegenzug willigte Ho ein, die für fünf Jahre vorgesehene französische Kontrolle auch im Norden Vietnams zu respektieren. Ho, der sich wegen des Abkommens erbitterte Kritik aus den eigenen Reihen zuzog, begründete sein Vorgehen mit den Worten: „Was mich angeht, ziehe ich es vor, fünf Jahre französischen Mist zu riechen, als für den Rest meines Lebens chinesisches zu essen.“<sup>2</sup>

Doch zur großen Enttäuschung der Vietnamesen war das Abkommen das Papier nicht wert, auf dem es stand: Während Ho sich in Paris aufhielt, um weitere Einzelheiten auszuhandeln, rief d'Argenlieu mit Rückendeckung seiner Regierung im Sommer 1946 einen separaten Staat Cochinchina aus. Und auch die wirtschaftlichen Forderungen, mit denen Ho in Paris konfrontiert wurde, gingen weit über das hinaus, was Gegenstand der Gespräche mit Sainteny gewesen war. Wieder gab Ho nach. Im Grunde waren die Franzosen nicht an einem Abkommen mit den Viet Minh interessiert. Sie ließen keinerlei Absichten erkennen, Vietnam einen autonomen Status, geschweige denn die Unabhängigkeit zu gewähren. Zudem griff die französische Kolonialarmee bei der Lösung lokaler Konflikte immer häufiger zum Mittel der militärischen Unterdrückung. Im November 1946 bot sich den französischen Streitkräften schließlich eine Gelegenheit, den Viet Minh eine Lektion zu erteilen. Als die französischen Truppen unter fadenscheinigen Begründungen am 23. November 1946 die Hafenstadt Haiphong bombardierten und dabei an die 6000 Zivilisten töteten, war auch die Geduld des von Viet Minh-Hardlinern arg bedrängten Ho zu Ende. Von nun an widersetzten sich die Viet Minh landesweit mit Waffengewalt der französischen Kolonialherrschaft. Mit den Kämpfen in Haiphong und um Hanoi, das französische Truppen im Dezember erst nach anhaltenden Gefechten vollständig unter ihre Kontrolle bringen konnten, begann der fast dreißigjährige Krieg in Vietnam.

## Die USA, der Kalte Krieg und Südostasien

Zwischen 1945 und 1950 bewegte sich die amerikanische Indochinapolitik von einer Frankreich zuneigenden Neutralität hin zu einer aktiven Unterstützung der Kolonialmacht und ihres Krieges gegen die Viet Minh. Die Ursachen für diesen Wandel sind vielfältig: Antikommunistische Tradition, innenpolitische Entwicklungen, außenpolitische Ereignisse und Veränderungen im internationalen Staatensystem, wirtschaftliche Erwägungen und strategische Einschätzungen. Sie trugen zu einer Weltsicht bei, die sehr stark von kommunistischen Bedrohungsvorstellungen gekennzeichnet war. Zusammengenommen bildeten diese Faktoren auf amerikanischer Seite die Voraussetzungen für den Kalten Krieg und die Blockbildung in Ost und West. Das Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam war ein Produkt dieser Bipolarität. Die Geschichte des Vietnamkrieges ist somit aufs engste mit der Geschichte des Kalten Krieges verknüpft. Auch der französische Indochinakrieg, aus Sicht Washingtons zu Anfang eine Auseinandersetzung zwischen Kolonialmacht und national-kommunistischer Befreiungsbewegung, entwickelte sich rasch zu einer Komponente des Kalten Krieges. Bald kämpfte die französische Armee nicht mehr allein für die Wiederherstellung ihrer Kolonialherrschaft, sondern für die Zurückdrängung des unter dem Deckmantel des Nationalismus operierenden Kommunismus in Südostasien.

Gemeinsam mit der Sowjetunion hatten die Vereinigten Staaten und Großbritannien den Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und Japan errungen. Doch bereits im letzten Kriegsjahr wurden Risse in der Koalition der ‚Vereinten Nationen‘ sichtbar. Der sowjetische Diktator Stalin hielt zwar eine Nachkriegsordnung für realistisch, in der er die Kooperation mit den Westmächten fortsetzen konnte. Zugleich erwartete er jedoch, daß der Westen die gewaltsame Ausdehnung und Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs in Europa tolerieren und sanktionieren würde. Daß er damit Ziele verfolgte, die für den Westen unvereinbar waren, haben Stalin und seine Berater nicht in aller Schärfe erkannt, und unter dem Eindruck der furchtbaren Verwüstungen in der Sowjetunion waren sie auch nicht bereit, ihre Ansprüche den Interessen der Westmächte anzupassen.

Der britische Premierminister Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt hatten zwar der Ausdehnung des sowjetischen Einflußbereiches in Osteuropa zugestimmt. Doch die gewaltsame Sowjetisierung und die brutale Unterdrückung persönlicher Freiheiten und demokratischer Parteien nährte das Mißtrauen in Stalin und verstärkte den Widerstand. Nach dem Tod Roosevelts gelangte mit Harry S. Truman ein Mann an die Macht, der es leid war, die Sowjets zu ‚hätscheln‘ und der sich in dieser Ansicht mit der überwältigenden Mehrheit der Amerikaner einig wußte. Der rasch wachsende amerikanische und westeuropäische Widerstand gegen die sowjetische Machtausdehnung in Osteuropa hing nicht zuletzt mit den großen Erwartungen zusammen, welche die Amerikaner an die Zukunft gerichtet hatten. Bereits vor dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg hatte Präsident Roosevelt den Amerikanern und der Weltöffentlichkeit erklärt, daß die Vereinigten Staaten Demokratie und Freiheit verteidigen müßten. Millionen von Amerikanern zogen nach dem Dezember 1941 mit der Überzeugung in den Krieg, daß die weltweite Errichtung von Demokratie und

Kapitalismus die einzige Gewähr dafür bot, daß niemals wieder ein Weltkrieg entstehen könne.

Die anhaltende Weigerung Stalins, mit dem Westen zu kooperieren und an einer einvernehmlichen politischen Lösung für die Zukunft des besetzten Deutschland zu arbeiten, der Druck auf die Türkei, die sowjetische Unterstützung der kommunistischen Partisanen in Griechenland sowie zahlreiche weitere Konflikte verschärfen bis 1947 die Beziehungen zwischen den ehemaligen Verbündeten. Vor diesem Hintergrund verkündete Präsident Truman im März 1947 die Doktrin der ‚Eindämmung‘ (containment), die weit über Griechenland und die Türkei hinaus Geltung und Anwendung fand. Sie sagte allen Völkern, die sich im Kampf gegen (kommunistische) radikale Minderheiten befanden oder auswärtigem Druck ausgesetzt waren, die Hilfe und Unterstützung der USA zu. Truman erklärte, nun sei für die Völker der Erde der Zeitpunkt gekommen, um zwischen Freiheit und Unterdrückung zu wählen.

Mit dem Marshall-Plan (1947) schufen die USA ein Instrument, um die Volkswirtschaften (West-)Europas zu stabilisieren und die USA und Europa enger aneinander zu binden. Außerdem avancierten die ehemaligen Feinde zu Verbündeten in einer neuen Weltordnung. Japan sollte zur westlich orientierten Regionalmacht des Fernen Ostens aufgebaut werden, um den chinesischen und sowjetischen Kommunismus einzudämmen und damit zur Sicherheit der Vereinigten Staaten und des Westens beizutragen. In Europa sollte West-Deutschland, das industrielle Herz, in die demokratisch-kapitalistische Ordnung integriert werden. Der Friedensvertrag mit Japan (1952) sowie die Gründung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (North Atlantic Treaty Organization, NATO) 1949 und die Aufnahme der Bundesrepublik in die militärischen Strukturen des Westens im Jahre 1955 ermöglichten die sicherheitspolitische Einbindung Ostasiens und Westeuropas in das globale Ordnungssystem der Vereinigten Staaten.

Truman-Doktrin und wirtschaftliche Reintegration waren somit zwei Seiten derselben Medaille: Die sicherheitspolitische Komponente diente der ‚Eindämmung‘ des kommunistischen Machtbereichs, die ökonomische Komponente der Entwicklung der liberal-kapitalistischen Ordnung. Beide Aspekte sicherten den *American way of life*, ein rechtsstaatliches, demokratisches System, das dem Einzelnen ein Höchstmaß an Entfaltungs- und Konsummöglichkeiten bieten sollte. In diesem System kam Südostasien eine wesentliche Funktion zu. Die Region sollte zunächst als Rohstoff- und Absatzmarkt für Japan und Europa dienen, um allmählich selbst zu einem eigenständigen Akteur heranzuwachsen, einem wirtschaftlich integrierten und weltweit eingebundenen Sub-Zentrum, das amerikanisch-westlichen Werten und Gesellschaftsmodellen freundlich zugeneigt sein würde.

## Die Anerkennung des Bao Dai-Regimes

Unterhalb der Ebene der großen weltwirtschaftlichen und geopolitischen Leitvorstellungen und Visionen schenken die Vereinigten Staaten Indochina zunächst wenig Aufmerksamkeit. Washington beschränkte sich darauf, die Franzosen vorsichtig

zu Reformen zu drängen und die Entstehung westlich orientierter nationalistischer Gruppierungen in Vietnam zu fördern. Denn auch im amerikanischen Außenministerium zweifelte man nicht daran, daß Ho „die einflußreichste und vermutlich fähigste Persönlichkeit“ in Vietnam war und daß es zu ihm keine nationalistische Alternative gab.<sup>3</sup> Einige Journalisten und Mitarbeiter des Außenministeriums schlugen daher vor, Kontakt zu den Viet Minh aufzunehmen. Sie hielten Ho ungeachtet seiner ideologischen Ausrichtung in erster Linie für einen vietnamesischen Nationalisten. Direkte Beziehungen zu Moskau konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Doch aus Sicht der einflußreichen Europaexperten im Außenministerium rechtfertigte dies nicht eine Neueinschätzung Hos und der Viet Minh. Im Gegenteil – fehlende Kontakte wurden dahingehend ausgelegt, daß Stalin seinem Handlanger in Vietnam blind vertraute und Ho keiner Führung bedurfte. Immer wieder sollte sich die amerikanische Außenpolitik in dieses Dilemma begeben: Sie trat einerseits für das Ende des Kolonialismus ein, propagierte das Selbstbestimmungsrecht der Völker und arbeitete vorsichtig an einer Auflösung der Kolonialreiche. Andererseits schreckte sie (mit Ausnahme Indonesiens und der Niederlande) beständig davor zurück, effektiven Druck auf die europäischen Kolonialmächte auszuüben. Und sie weigerte sich beharrlich, mit kommunistischen Nationalisten der entstehenden ‚Dritten Welt‘ Kontakte zu knüpfen.

In Vietnam verlief das Bemühen der Franzosen, eine ihnen genehme politische Alternative zu den Viet Minh aufzubauen, recht erfolglos. Letztlich war Kaiser Bao Dai die einzige öffentlich bekannte Persönlichkeit, die sich nach einigem Zögern bereiterklärte, einer Regierung von Frankreichs Gnaden vorzustehen. Im sogenannten Elysée-Abkommen vom März 1949 versprach Frankreich, gegen wirtschaftliche Zugeständnisse Vietnam die ‚Unabhängigkeit‘ zu gewähren. Außen- und Verteidigungspolitik blieben allerdings im Verantwortungsbereich Frankreichs. Außerdem mußten Vietnam, Laos und Kambodscha der Französischen Union beitreten, was das Versprechen der Unabhängigkeit weiter aushöhlte. Wie in der Vergangenheit gehörten der neuen vietnamesischen Regierung unter Bao Dai Kräfte an, die aus einer andauernden Verbindung mit Frankreich politischen und wirtschaftlichen Nutzen zogen. Eine nationalistische Alternative zu den Viet Minh konnte das ‚Staatsoberhaupt‘ nicht sein. Bao Dai, der sich die meiste Zeit mit seiner Familie an der Côte d’Azur aufhielt und in Vietnam den abgeschiedenen Ferienort Dalat als Domizil bevorzugte, pflegte keine Kontakte zur bäuerlichen Bevölkerung und war dem vietnamesischen Leben mit seinen Problemen weitgehend entrückt.

Der Sieg Maos über Tschiang Kai-schek in China und die Flucht der Nationalchinesen nach Taiwan im Herbst 1949 hatten erhebliche Rückwirkungen auf die Indochinapolitik der Vereinigten Staaten. Im Kongreß in Washington machte die republikanische Opposition die Truman-Administration für den ‚Verlust Chinas‘ verantwortlich. Sie warf der Regierung vor, Tschiang Kai-schek nicht genügend unterstützt und den Kommunismus nicht entschieden bekämpft zu haben. Die Vorwürfe wogen umso schwerer, als sich viele Amerikaner nicht nur auf der internationalen Ebene bedroht fühlten, sondern fürchteten, Amerika selbst sei von einer kommunistischen Verschwörung unterwandert. Präsident Truman hatte bereits im März 1947 die Überprüfung aller Bundesangestellten auf mögliche Kontakte zu amerikanischen und internationalen Kommunisten angeordnet, und ein ‚Ausschuß für unamerikanische

Aktivitäten‘ des Repräsentantenhauses (House Un-American Activities Committee, HUAC) durchleuchtete das Leben zahlreicher Bürger. Die Verschwörungsängste wurden durch den Korea-Krieg noch zusätzlich geschürt: Zwischen 1950 und 1954 veranstaltete der republikanische Senator Joseph McCarthy eine ‚Hexenjagd‘ auf ehemalige Kommunisten, Intellektuelle und Liberale. Das innenpolitische Klima der ‚McCarthy-Ära‘ verlangte nach einer entschiedenen Außenpolitik.

Im Januar 1950 erkannten die Volksrepublik China und die Sowjetunion die Viet Minh als legitime Regierung der Demokratischen Republik Vietnam an. Dieser Schritt erschien Washington als letzter Beweis für die enge Kooperation zwischen vietnamesischen, chinesischen und sowjetischen Kommunisten. Als Reaktion erkannten die Vereinigten Staaten am 7. Februar 1950, fünf Tage nach der Ratifizierung des Elysée-Abkommens durch das französische Parlament, den ‚Staat von Vietnam‘ unter Kaiser Bao Dai als unabhängiges Land innerhalb der Französischen Union an. Noch im März 1950 nahm die Truman-Administration die finanzielle Unterstützung des französischen Indochinakrieges auf und überwies Paris 15 Millionen Dollar Militärhilfe. Mit der diplomatischen Anerkennung legitimierten die Vereinigten Staaten die französische Kolonialherrschaft über Indochina. Von nun an gab es in Vietnam neben der französischen Kolonialverwaltung zwei um die Macht im Land kämpfende und vom Ostblock bzw. vom Westen legitimierte Regierungen, die beide Anspruch auf ganz Vietnam erhoben.

Die Entscheidung zugunsten Bao Dais fiel der amerikanischen Regierung nicht leicht. Im Außenministerium in Washington erkannte man sehr wohl, daß der ehemalige Kaiser kein politisches Gegengewicht zu Ho bildete. Ebenso klar war man sich darüber, daß der Aufbau einer nationalistischen Alternative zu den Viet Minh nur möglich sein würde, wenn sich die Franzosen zu einer wirklichen Liberalisierung ihrer Kolonialherrschaft entschließen und den Vietnamesen verlässliche Perspektiven auf eine Unabhängigkeit bieten könnten. Doch in der innen- und außenpolitisch aufgeheizten Stimmung nach dem ‚Verlust Chinas‘ entschied man sich für das vermeintlich kleinere Übel. Bao Dai und die Franzosen erschienen nun als Verteidiger westlicher Werte und Gesellschaftsmodelle. Damit verwandelte sich in der amerikanischen Wahrnehmung der nationale Aufstand der kommunistisch dominierten Viet Minh gegen die französische Kolonialherrschaft in eine globale Verschwörung des Kommunismus gegen den Westen, die sich in Vietnam manifestierte.

Wie kein anderes Dokument amerikanischer Nachkriegsgeschichte gibt ein vom Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) erarbeitetes Strategiepapier Einblick in die Wahrnehmung des Ost-West-Konfliktes. NSC-68, so die Bezeichnung der maßgeblich von Paul Nitze (dem Direktor des Politischen Planungsstabes im Außenministerium) verfaßten Analyse, bestätigte Grundannahmen amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik seit 1947, unterzog diese aber unter dem Eindruck der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe im September 1949 einer kritischen Überprüfung. Das alle Bereiche der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik analysierende Dokument begann mit dem Satz: „Die Probleme, die uns beschäftigen, sind gewaltig, und sie berühren nicht nur die Erfüllung oder Zerstörung dieser Republik, sondern der Kultur insgesamt.“ Das Ziel der von einer ‚neuen fanatischen Überzeugung‘ geleiteten Sowjetunion sei die ‚absolute Herrschaft